



# Infobrief

*Infobrief Nr. 14*

*im Juli 2010*

## **Sehr geehrte Freunde des Instituts!**

Was ist los in der deutschen Politik? – so fragen sich manche. Nach nur neun Monaten Regierungszeit sind die Umfrageergebnisse für die Regierung und die Koalitionsparteien im Keller. Die FDP, immerhin mit fast 15% Wählerstimmen der große Gewinner der Bundestagswahl, müsste heute um den Einzug ins Parlament fürchten. Innerhalb der Koalition liegen offenbar die Nerven blank. Vulgäre Ausdrücke werden dem vermeintlichen Bündnispartner an den Kopf geworfen. Missgunst und Streit dringen an die Öffentlichkeit. So etwas kannte man bisher eher aus anderen Ländern.

Den Bürger kümmert das allerdings schon lange nicht mehr. Er erwartet offensichtlich von „denen da oben“ nicht mehr. Die Sympathiewelle, die dem Bundespräsidentenskandidaten Joachim Gauck entgegenschlug, war wohl weniger sein Verdienst, als vielmehr Ausdruck einer tiefen Politikverdrossenheit. Er, der aufrechte Pfarrer aus dem Osten, weckte Sehnsüchte nach einer authentischen und bürgernahen Politik. Gauck schwamm einige Wochen auf einer Welle, die sowohl die Frustrationen der Bevölkerung über die etablierte Politik wie auch den Wunsch nach Erneuerung in sich trug.



Die Politikverdrossenheit in unserem Land ist aber offensichtlich. Nach einer Umfrage der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen waren 2009 73% der Bevölkerung unzufrieden mit Politikern und Parteien. 68% meinten gar, Wahlversprechen seien reine Lügen. Für 61% der Befragten sind Politiker heute keine Vorbilder mehr. 37% aller Deutschen interessieren sich überhaupt nicht für Politik – bei einer Umfrage 2002 sagten das nur 25%.

Eine solche Entwicklung ist für eine Demokratie gefährlich. Demokratien leben vom politischen Interesse und Engagement der Bevölkerung – und vom Vertrauen in die Regierenden. Wenn die Kluft zwischen der politischen Klasse und dem Volk zu groß wird, ist Gefahr in Verzug. Das Resultat ist die Entfremdung zwischen Volk und Regierung. Schon heute klagen die Jugendorganisationen der Parteien über Ausdünnung. Der Nachwuchs fehlt. Bis Anfang der 80er Jahre gewannen die Parteien noch viele Mitglieder, seither gehen die Mitgliederzahlen dramatisch zurück. 1976 hatte die SPD eine Million Mitglieder, heute sind es nur noch knapp über 500.000. Bei vielen Wahlen ist die größte Gruppe längst die der Nichtwähler. In den vergangenen zehn Jahren hat sie sich verdoppelt. Bei der Europawahl 2009 gingen 56,7% aller Wahlberechtigten überhaupt nicht mehr zur Urne – und das in einer Zeit, wo Brüssel immer wichtiger wird.

Nun ist manches an der Politikerschelte unfair. Wenige Regierungen sind in Zeiten von Sparanstrengungen beim Volk beliebt. Für die Medien gilt leider immer noch:

„Bad news are good news.“ Streit in der Regierung interessiert stärker als die gute Normalität verantwortungsvollen Regierens. Und auch bei der Integrität von Politikern wird häufig unfair geurteilt. International gelten deutsche Politiker als verantwortungsbewusst und frei von Intrigen.

Was aber offensichtlich fehlt ist die Bereitschaft, Fehler einzugestehen. Noch vor Wochen hieß es, Beitragserhöhungen im Gesundheitssektor seien ausgeschlossen. Nun sollen sie kommen. Das ist offensichtlich derzeit nicht anders zu machen. Aber warum gibt man dann nicht zu, dass man sich geirrt hat? Als neulich der Bundesverteidigungsminister sich öffentlich für seine Fehleinschätzung des Afghanistan-Einsatzes am Kundus-Fluss entschuldigte, rieben sich viele die Augen: eine solches Bekenntnis hatte man in der Politik lange nicht gehört. Dabei ist es doch das Selbstverständlichste auf der Welt, dass es in so komplizierten Zeiten wie heute zu Fehleinschätzungen kommen kann. Jedem Kind wird eingebläut, sich zu entschuldigen. Für uns Erwachsene scheint das nicht mehr zu gelten. Jedes Kind lernt aber auch: „Versprochen ist versprochen, und wird auch nicht gebrochen.“ Sind das alles nur Kindersprüche?



Man bedenke jedoch: Jedes Volk bekommt die Politiker, die es verdient hat. Niemand wage, sich über die Berliner Funktionäre zu überheben. Wichtiger als das Klagen über Politiker ist es sowieso, im persönlichen Alltag selber Werte wie Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit an den Tag zu legen. Und ebenso wichtig ist es, sich als guter Demokrat für die Belange der Gesellschaft einzusetzen. Christen sollen sich gesellschaftlich engagieren! Ob im sozialen Bereich, in Vereinen oder in kommunalen Initiativen: christliche Werte gehören nicht nur in die Kirche, sondern auch auf die Marktplätze und in die Parlamente dieses Landes. Vielleicht ist dies das beste Rezept gegen Politikverdrossenheit in unserer Zeit: mutige Christen, die bereit sind, die guten Gebote Gottes vorzuleben und in die Welt zu tragen.

Um junge Menschen an die Welt der Politik heranzuführen, sind die „Tage der Begegnung“ in Berlin hervorragend geeignet. Unter der Schirmherrschaft bekannter Politiker sind dabei junge Christen eingeladen, die sich für ihren Glauben engagieren und denen christliche Werte am Herzen liegen. Unser Institut hat in den vergangenen Jahren einige junge Menschen unterstützt, an diesen Tagen teilzunehmen. Bitte machen Sie doch auch geeignete Kandidaten darauf aufmerksam. Informationen finden sich auf: [www.tage-der-begegnung.eu](http://www.tage-der-begegnung.eu)



Hinweisen möchte ich auch auf eine andere Aktion, die jedes Jahr im September in Berlin stattfindet, der „Marsch für das Leben“. Mitte September treffen sich dafür Menschen, denen das Lebensrecht der Ungeborenen am Herzen liegt. Diesmal findet der Marsch am 18. September statt. Nähere Informationen dazu finden Sie unter: [www.marsch-fuer-das-leben.de](http://www.marsch-fuer-das-leben.de). Um den Kongress herum wird auch eine Tagung zu Themen der politischen Ethik stattfinden. Das Institut wird bei diesen Veranstaltungen auch dabei sein.



Ein Ziel des Instituts ist die Vernetzung mit ähnlichen Initiativen weltweit. So kommt es immer wieder zu Begegnungen mit gleichgesinnten Ethikern. Anfang Juli konnte ich in

Cambridge mit den Leitern zweier Initiativen zusammentreffen, die auf ihrem Gebiet eine wichtige Arbeit machen: Jonathan Chaplin vom „Kirby Laing Institute for Christian Ethics“ (KLICE) und Michael Pollitt von der „Association of Christian Economists“ (ACE). Die erstgenannte Initiative arbeitet ähnlich wie unser Ethikinstitut an Orientierungshilfen für gesellschaftlich relevante Fragen. Informationen über KLICE: [www.klice.co.uk](http://www.klice.co.uk); Informationen über die ACE: [www.christian-economists.org.uk](http://www.christian-economists.org.uk)

The Kirby  
Laing  
Institute  
For Christian  
Ethics

Neben der akademischen Arbeit versuchen wir bewusst, auch populäre Medien zu nutzen, um für christliche Werte einzutreten. So erscheint derzeit eine Artikelreihe über „Wahre Werte“ im Christlichen Medienmagazin „pro“, eine der auflagenstärksten christlichen Magazine in Deutschland. In den ersten drei Ausgaben ging es um die Themen Lügen, Gier und den Wert der Klugheit. In der nächsten Nummer im August wird es um ethische Vorbilder gehen. Wenn Sie die Zeitschrift abonnieren möchten, schauen Sie bitte hier vorbei: [www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de). Das Magazin ist kostenlos.



Im vorletzten Rundbrief haben wir die „Manhattan-Erklärung“ vorgestellt, eine Online-Initiative aus den USA. Führende Kirchenvertreter haben darin ein Plädoyer für den Lebensschutz, den Schutz von Ehe und Familie und für Meinungs- und Religionsfreiheit abgegeben. Angesichts dramatischer Veränderungen in der Gesellschaft sind alle diese Bereiche gefährdet. Die Erklärung wurde mittlerweile von über 450.000 Personen unterschrieben. Das Institut hat eine offizielle deutsche Übersetzung des Textes veröffentlicht, die Sie auf unserer Homepage finden. Die britischen Kirchen haben nun im Frühjahr einen ähnlichen Text verfasst, den die Email-Bezieher dieses Rundbriefs als Anhang in einer genehmigten deutschen Übersetzung bekommen (auch auf unserer Homepage einzusehen). Die Zahl der Unterschriften für „Westminster 2010“ liegt mittlerweile bei 66.000. Es ist interessant zu sehen, wie sich weltweit immer mehr Protest gegen die Aushöhlung des Lebensschutzes und der klassischen Ehe und Familie regt.

**Westminster 2010**  
DECLARATION OF CHRISTIAN CONSCIENCE

Solche Themen sind auch in Deutschland höchst relevant. Der Bundesgerichtshof hat gestern entschieden, dass die Präimplantationsdiagnostik (PID) bei Embryonen, die durch künstliche Befruchtung entstanden sind und das Risiko von schweren genetischen Schäden in sich tragen, in Deutschland nicht strafbar sei. Der Vertreter für Behinderte am Bundestag, Herbert Hüppe, nannte diese Entscheidung zu Recht einen Dammbbruch. Es ist zusätzlich ein Angriff gegen die Behinderten in unserer Gesellschaft und im Prinzip eine Art „Selektion“ zwischen wertem und unwertem Leben. Fatal ist allerdings, dass behinderte Kinder im Mutterleib bis zur Geburt abgetrieben werden können. Mit Recht haben die Juristen darauf hingewiesen, dass dann auch die „Abtreibung“ von Embryonen mit Gendefekt im Reagenzglas möglich sein muss. Logisch ist das. Aber ob es ethisch vertretbar ist, danach fragt niemand. Unsere Stellungnahme dazu finden Sie auf der Homepage.

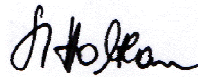


Fragen der Ethik und der Werte sind nicht nur in Politik und Medizin, sondern in allen Bereichen des menschlichen Lebens höchst relevant. Wir spüren am Institut den Bedarf an

Orientierung. Mit unseren Texten zur Diskussion, unserer Buchreihe „Ethik & Werte“ beim Brunnen-Verlag, durch unsere Vorträge und Tagungen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die bewährten Werte des christlichen Glaubens mehr Gehör bekommen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dabei unterstützen könnten.



Mit vielen Grüßen aus Gießen, Ihr



Dr. Stephan Holthaus, Institutsleiter

## Neue Postkartenmotive des Instituts:



Bestellmöglichkeit unter [info@ethikinstitut.de](mailto:info@ethikinstitut.de), Spende erbeten

Konto: FTA e.V., Nr. 511 02 002, Volksbank Mittelhessen (BLZ 513 900 00),  
Verwendungszweck: Ethikinstitut [www.ethikinstitut.de](http://www.ethikinstitut.de) [www.wert-voll.info](http://www.wert-voll.info)